



LEITARTIKEL DES STADTRATES

APRIL 2019

STADTRÄTIN SALOME WYSS, SP
RESSORT SICHERHEIT



WAS SAGT MAN DAZU?

Wieder einmal sind die Wahlen vorbei. Einige Parteien wurden erschüttert. Einige im negativen, andere im positiven Sinne. Nachdem ich die Entwicklung der schweizerischen Politik seit nunmehr über 25 Jahren verfolge, habe ich mir im Nachgang einige Fragen gestellt und möchte meine vielleicht etwas unerwarteten Antworten mit Ihnen teilen.

Gilt es, die Nichtwahl eines verdienten Illnau-Effretiker Kommunalpolitikers in der Person von Thomas Vogel zu bedauern? Gilt es, die Frauenmehrheit im Regierungsrat zu bejubeln? Gilt es, sich als SP-Mitglied darüber zu freuen, dass die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat gefallen ist? Gilt es, sich darüber zu freuen, dass ökologische Themen mehr Gewicht erhalten werden? Oder ist es eher bedenklich, dass die Bevölkerung damit auch eine gewisse Zukunftsangst zum Ausdruck bringt, die sich von der Angst vor Überfremdung auf die Angst vor dem Klimawandel verschoben hat?

Tatsächlich bedaure ich, sowohl aus persönlicher wie auch aus städtischer Sicht, die Nichtwahl von Thomas Vogel. Es wäre ein Gewinn gewesen, jemanden im Regierungsrat zu haben, der mit der Problematik ländlicher Kantonsgebiete vertraut ist.

Tatsächlich finde ich es schön, dass eine Frauenmehrheit möglich ist. Allerdings nicht weil ich der Meinung bin, dass eine Frauenmehrheit automatisch zu einer besseren Politik führt, sondern in der Hoffnung, dass es ein Schritt auf dem Weg dazu ist, die Geschlechterfrage zu entschärfen. Echte Gleichberechtigung bedeutet, eine Kandidatur nicht per se wegen des Geschlechts zu unterstützen oder abzulehnen und damit letztlich dazu beizutragen, dass sich die Gräben vergrössern. Sie bedeutet, Kandidatinnen und Kandidaten aufgrund der Qualitäten, die sie für das angestrebte Amt befähigen zu wählen oder eben auch nicht.

Tatsächlich finde ich es gut, dass im Kantonsrat nicht die gleichen Mehrheitsverhältnisse herrschen wie im Regierungsrat. Ich habe die Hoffnung, dass dies zu einer ausgewogeneren Politik führt, die wieder vermehrt allen Interessen Rechnung trägt, statt sich darauf zu beschränken, möglichst ungehindert Macht auszuüben. Vielleicht kommen wir sogar der Idee der Konkordanzdemokratie wieder ein bisschen näher: Man setzt sich im gegenseitigen Respekt auseinander, im Bewusstsein, dass jeder auf seine Art versucht, etwas zum Positiven für die Gemeinschaft zu bewegen, und dass man letztlich gemeinsam für die Lösung verantwortlich ist. So sollte es mindestens sein. Politik sollte versuchen, Vertrauen zu schaffen und Respekt vorzuleben. Sie soll Veränderungen initiieren, allerdings nicht, indem sie mit Ängsten spielt und mit allen möglichen Katastrophenszenarien droht, sondern indem sie motiviert, Lösungen aufzeigt und ein friedliches Zusammenleben fördert. Diese Ziele, bezüglich derer vor 30 Jahren parteiübergreifend noch weitgehender Konsens herrschte, muten heutzutage wie illusorisches Wunschdenken an. Aber Wünsche sind ja erlaubt und vielleicht gehen sie ja im Kleinen auch in Erfüllung.